

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreise: (rei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,70 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-22 / Geschäftsstelle  
und Redaktion: Albertstrasse 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18699  
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr  
für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreise: Die neuzeit gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familien-  
anzeigen 0,20 RM für die Reklamezeile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM.  
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-22, Albertstrasse 2.  
Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer  
Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 25. Februar 1930

Nummer 47

SDD-Arbeiter! Antwortet mit Masseneintritt in die KPD!

## Die sächsische SPD für Große Koalition

Beschluß der Landesinstanzen: Koalition mit Volkspartei und Demokraten / Selbst die „Mindestforderungen“ fallen gelassen  
Zieht den „linken“ Sozialfaschisten die Maske herunter! / Rote Betriebsräte als Antwort / Massenaufmarsch am 6. und 13. März!

Dresden, den 24. Februar 1930.

Die sozialdemokratischen Funktionäre Sachsens lagten heute in Dresden zur Entscheidung der Frage der Beteiligung der SPD an der Großen Koalition in Sachsen. Nach mehrstündiger Beratung wurde, wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz erfährt, beschlossen, in Verhandlungen mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei einzutreten. Vom Verlaufe der Verhandlungen wird es abhängen, ob eine Regierung der Großen Koalition zustande kommt oder nicht.

Die Würfel sind gefallen, die Fronten klar. Die „linken“ Landesvorstände der sächsischen SPD haben sich bereit erklärt, mit den reaktionären Industriekritikern Deutschlands, den sächsischen Kapitalisten der Volkspartei und der demokratischen Partei, eine Regierung des Hungers und Belagerungszustandes zu bilden. Noch am 1. Januar 1930 schrieb das theoretische Organ der sächsischen SPD, der „Klassenkampf“, anlässlich der Verabschiedung des Hilferdingischen Finanzprogramms im Reichstag: „... Wir fordern heute noch nachdrücklicher als auf dem Magdeburger Parteitag den Austritt der Sozialdemokratie aus dieser Regierung. Wir sind nach den nach dem Magdeburger Parteitag gemachten Erfahrungen heute mehr denn je der Überzeugung, daß die Politik dieser Koalitionsregierung zum Schaden der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse ausschlägt und die sächsischen Tendenz in außerordentlich bedauerlicher Weise häßt.“

Neulich führten noch vor einigen Tagen die Bieligt und Freunde vor den Leipziger Funktionären, als die Beschlusssitzung über den Regierungseintritt zur Debatte stand, unter dem Druck der sozialdemokratischen Mitgliedschaft von Zwickau und Plauen, aus der Furcht heraus, daß die dortigen Industriearbeiter die „linken“ Bieligt und Konjunktur zum Teufel jagen könnten, aus:

„Und was könnten wir verteidigen und erhalten im Bunde mit den Bürgerlichen? Demokraten und Volksparteiler sind die Führer der reaktionären Offensive gegen die Sozialpolitik. Die Nationalsozialisten sind doch ein Instrument der Großbourgeoisie im Kampfe gegen die Arbeiterklasse und darum ist eine Union, anzunehmen, wir könnten die Trennung der Nazis von den übrigen bürgerlichen Parteien erreichen... Eine Koalitionspolitik unter solchen Umständen müßte die Arbeiterklasse enttäuschen und erst recht zur Stärkung der Nazis und zur Schwächung unserer Position führen.“

„Ich kann mir nicht vorstellen, wie ausgerechnet in Sachsen, wo die Klassengegensätze am schärfsten und die Volkspartei am reaktionärsten sind, eine Politik im Interesse der Arbeiter getrieben werden könnte.“

Leipziger Volkszeitung vom 24. 2. 30.

Das ist nun alles nicht mehr wahr und die jahrelange Scheinopposition der sächsischen „Linken“ gegen die Große Koalition hat mit einer durchschlagenden Demaskierung der linken Wurzeln geendet. Aus dem „Kampf“ gegen ein Regierungsbündnis mit den kapitalistischen Geldvätern sind plötzlich „sozialistische Positionen zur Niederhaltung des Nationalfaschismus“ geworden. Ja, die Bereitschaft zur Regierungsbildung mit den größten Feinden der Arbeiterklasse geht sogar soweit, daß der Referent Liebmann auf der bereits oben erwähnten Leipziger SPD-Konferenz ausführen konnte:

„Wir müssen vielmehr unsere Bedingungen stellen, aber diese dürfen nicht so sein, daß sie von vornherein jede Verhandlung unmöglich machen.“

Also selbst das sogenannte „Kampfprogramm“ der „Linken“ als Bedingung für den Regierungseintritt wird abgestrichen und auf den Rednerhauen akzeptiert.

Aber diese Entwicklung, dieser Ausreisungsprozeß des „linken“ Sozialfaschismus bis zur offenen, restlosen Demaskierung ist nicht zufällig. Die Sklaven des Youngplans revoltieren. Die kommunistische Partei zieht die Kräfte des Proletariats zusammen, um sie zum Sturm gegen die kapitalistische Zwangsbürgung zu führen. Sie Youngdeutschland, die Sowjetdeutschland, die sächsische Diktatur, die proletarische Diktatur, so sind die Fragen unerbittlich gestellt und die „linken“ Sozialfaschisten im nahenden Großkampf zwischen Revolution und Konterrevolution stellen sich auf die Seite des proletarischen Klassenfeindes. Die Zeit der „lin-

ken“ Manöver ist vorüber. Die Politik der sächsischen Koalitionskommandos in den Gewerkschaften, des Polizeiknüppels linkssozialdemokratischer Polizeipräsidenten, der Kapregelung revolutionärer Betriebsfunktionäre mit Hilfe der Reformisten, der antibolschewistischen Pressehebe wird folgerichtig gekrönt durch die Bereitschaft zum offenen Regierungsbündnis mit der Bourgeoisie.

Mit der Absicht dreister Irreführung, der Verfälschung der wirklichen Zusammenhänge führte der obengenannte Referent Liebmann in Leipzig aus:

„Wie könnten wir es verantworten, daß wir erst eine Nazi-Regierung bilden, um dann zuzulassen, daß die Hakenkreuzler in die Regierung selbst hineintreten und damit ihren

Einfluß noch mehr stärken. ... Bleiben wir ausgeschaltet, so bedeutet das, daß die 5 Nazis die Politik in Sachsen bestimmen ... Nazi-Minister in der Regierung bedeuten nichts anderes als die Legalisierung des Faschismus.“

„5 Nazi-Minister bestimmen die Politik in Sachsen.“ Eine erbärmlichere Selbstbezüglichkeit politischer Ohnmacht der sozialdemokratischen Koalitionspolitik ist wohl kaum denkbar! Und die Gewerkschaften? Das Reichsbanner? Die SPD? Die Seering und Müller in der Reichsregierung, von denen ihr ja behauptet, daß alle diese Positionen eine „Macht gegen den Faschismus“ darstellten! Und doch habt ihr recht. Aber nicht deshalb, weil 5 Nazi-Minister in die

## Sozialdemokratische Mitgliedschaft ausgeschaltet

Keine Einberufung eines sächsischen Landesparteitages?

Während noch vor einigen Tagen verlautbarte, daß die sächsischen Parteinstanzen über die Frage des Regierungseintritts einen Landesparteitag zur Einberufung ansetzen würden, schreiben heute die Dresdner Nachrichten:

„Nähere Einzelheiten über die Beratungen der sozialdemokratischen Parteifunktionäre, namentlich darüber, ob der Landesparteitag einberufen wird, sind bisher nicht bekannt geworden... Allein es hat den Anschein, also ob die Mehrheit der Parteifunktionäre zunächst wenigstens die Einberufung eines Parteitagcs nicht für notwendig hält.“

Die Landesinstanzen fürchten den Proteststurm eines großen Teiles der sozialdemokratischen Mitgliedschaft. Der Wille der Mitgliedschaft soll ausgeschaltet werden. Wichtiger als das Verbot der Mitgliedschaft ist den Führern die Koalition mit den Kapitalisten. Auf die angebliche Parteidemokratie der SPD pfeifen die „linken“ Führer genau so wie der Berliner Parteivorstand, wenn die Gefahr droht, daß die Mitgliedschaft anders entscheiden könnte.

## Auch Bieligt für Große Koalition Differenzen zwischen den „linken“ Führern — „Dummes Geschwätz“

Nach auf der vor wenigen Tagen stattgefundenen Leipziger Konferenz erklärte der „linke“ Bieligt, daß „eine Koalitionspolitik in Sachsen erst recht zur Stärkung der Nazis“ führen müßte. Am Montag seien wir unter der Stichmarke „Dummes Geschwätz“ im „Sächsischen Volksblatt“, Plauen, in dem Organ Bieligt's, folgende Erklärung:

„Der Umstand, daß in der Partei jetzt über die politische Zukunft Sachsens diskutiert wird, der Umstand, daß dabei verschiedene Meinungen auftauchen, gibt den Leipziger R. Nachr. Anlaß, von einer Uneinigkeit der SPD zu jubulieren, ja, gewisse Kreise machen schon wieder das Gekloppe einer Parteispaltung an die Wand.“

Dazu wollen wir bemerken, daß es eben die Stärke der SPD ist, politische Probleme auch in aller Öffentlichkeit zu diskutieren, und, daß eine Einmütigkeit im demokratischen Verfahren recht schnell hergestellt sein wird, zumal die Differenzen zwischen den beiden Auffassungen gar nicht so groß sind, als wie sie nach außen erscheinen.

Die demokratische Handhabung der Grundgesetze unserer Partei verbürgen die restlose Klärung offenkundiger Fragen, verbürgen aber auch die selbstverständliche Unterordnung des Willens einer edl. Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit.“

So sind die „linken“ der „linken“ Führer! Theaterbouquet, um die sozialdemokratische Arbeitergefolgshaft zu täuschen. Ja

der Nazis volle Unterstützung des Arbeitervereins! Aber wir sind überzeugt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter den Klassenkampf höher stellen als die organisierte Einheit mit der Partei der Großen Koalition.

## Abrechnung mit den Verrätern!

Am Sonntag fanden in Neustadt in Holstein die Gemeinderatswahlen statt, bei der die Kommunisten einen Zuwachs von 219 Stimmen zu verzeichnen hatten zu dem Wahlergebnis vom November 1929.

Das Ergebnis ist:

KPD	368 Stimmen (im Nov. 1929 = 149 St.) + 219
SPD	576 Stimmen (im Nov. 1929 = 710 St.) - 134
Bürgerl.	284 Stimmen (im Nov. 1929 = 1085 St.) - 101
NSDAP	333 Stimmen (im Nov. 1929 = 330 St.) + 3

Das Ergebnis ist ein Beweis des wachsenden Vertrauens der Arbeiter in die KPD, die seit den Kämpfen der selbständigen Führung der Klassenkämpfe durchgeführt und entschlossen mit allen sächsischen und sozialistischen Betrügnern abrechnet. Auch das Ergebnis der Wahl für die NSDAP ist Signation. Deshalb ist die Wehre aus diesem Wahlergebnis: Verstärkung des Kampfes, besonders in den letzten großen Kämpfen fühnen und entschlossenes Auftreten aller Kommunisten als Führer der Massen trotz aller Hege und trotz allem Terror. Duldet keine Schwankungen bei der Durchführung unserer Aufgaben.

## Internationale Polizeiaktion gegen den Kommunismus

Berlin, 25. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Den Verhandlungen Jürgiebels mit dem Londoner und Pariser Polizeipräsidenten über ein enges Zusammenarbeiten der Polizei soll jetzt die praktische Durchführung der Beschlüsse folgen. So sollen zwischen den drei Hauptstädten Kriminalbeamte als Verbindungsoffiziere eingesetzt werden. Sie haben die Aufgabe, internationale Informationsaktionen nach jeder Richtung zu erteilen. Schon daraus ergibt sich, daß hinter der Behauptung, es handle sich um einen Kampf gegen internationale Verbrecherbanden, nichts anderes steht als die internationale Zusammenfassung der Polizeikräfte zum Kampf gegen den Kommunismus. Als ausdrückliches Ziel des gemeinsamen Vorgehens der Polizeikräfte der drei Länder werden „internationale Verbrecher“ hingestellt.

Auf die internationale Hege der Kirchenfürsten gegen den Bolschewismus folgt im engen Zusammenhang mit den Vorbereitungen des Krieges gegen die Sowjetunion nun die internationale Zusammenfassung der Polizeikräfte gegen das revolutionäre Proletariat.